



Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Freitag, den 4. Dezember 1885.

Nr. 566.

Deutschland.

Berlin, 3. Dezember. Der modifiziert wieder eingebrachte Antrag Ackermann und Genossen bestimmt in den Hauptpunkten:

Den nachstehenden Handwerken ist fortan der Beginn des selbstständigen Gewerbebetriebes nur dann gestattet, wenn sie den Nachweis der Befähigung zur selbstständigen Ausführung der gewöhnlichen Arbeiten des betreffenden Gewerbes geführt haben. Diese Handwerker sind: Barbier (Rasierer, Bader), Bäcker, Bandagisten, Böttcher und Fassbinder (Schäffler), Brauer, Brunnenmacher, Buchbinder (Futteralmacher, Ledergeräthmacher und Kartonage-Arbeiter), Buchdrucker, Büchsenmacher und Büchsenhäfter, Bürstenbinder, Ciseleure, Drechsler und Holzschneider, Färber, Feilenbauer, Friseur und Perückenmacher, Gerber, Roth-, Zinn-, Zink- und Metallgießer, Gerber, Glaser, Glaschleifer, Glockengießer, Gold-, Silber- und Juwelen-Arbeiter, Gold-, Silber- und Metallschläger, Graveure, Gürtler und Bronzearbeiter, Handschuhmacher (Sädler, Beutler), Hutmacher, Kammacher, Klemmer (Spängler), Konditoren (Zuckerbäcker, Pfefferkuchler, Lebküchler), Korbmacher, Kürschner, Kupferschmiede, Lackirer, Lithographen, Maler und Anstreicher, Maurer, Mechaniker und Optiker, Messer- und Zeugschmiede, Fleischer (Metzger), Müller, Mühlenbauer, Nadler, Siebmacher und Filigran-Arbeiter, Nagelschmiede, Pappmacherei und Knopfmacher, Sonn- und Regenschirmmacher, Sattler (Miener, Tischler, Beischmied), Schiefer- und Ziegelbedeker, Schleifer, Schlosser, Schmiede, Schneider, Tischler (Schreiner), Töpfer (Hafner), Schuhmacher, Schwertfeger, Waffenschmiede, Sporer, Schiffsbauer, Seifensticker (Kerzenzieher), Seiler, Steinmetze, Studienteure, Tapeziere (Decorateure), Tischmacher, Tischschreiner, Uhrmacher, Vergolder, Wagner (Rad- und Stellmacher), Weber und Wirker, Zimmerleute.

Der Bundesrath ist ermächtigt, diesen Nachweis nach Maßgabe der örtlichen Verhältnisse auch für andere Gewerbe vorzuschreiben.

Zur Ausstellung des Zeugnisses über die Befähigung sind, soweit nicht für einzelne Gewerbe besondere Prüfungs-Behörden bestehen, unter dem Vorsitz eines obrigkeitlichen Kommissars die im Bezirke des Ortes der Gewerbeausübung bestehenden Innungen und in Ermangelung solcher Prüfungs-Kommissionen berufen.

Diese Prüfungs-Kommissionen werden auf Grund einer von dem Bundesrath zu erlassenden Instruktion in den einzelnen Bundesstaaten in entsprechender Anzahl in der Art gebildet, daß die Prüfungs-Mitglieder von den selbstständigen Handwerkern des betreffenden Gewerbes gewählt werden.

Feuilleton.

Ottomar Anschütz

und

die verbesserte Augenblicksphotographie.

Wenn wir diesem Feuilleton die Ueberschrift Ottomar Anschütz geben, so geschieht es nicht, um eine Lebensbeschreibung dieses noch nicht genug gewürdigten Künstlers zu geben, sondern um damit dem Manne, der auf dem Gebiete der Augenblicksphotographie in den letzten Jahren bedeutende Erfindungen und großartige Kunstleistungen geschaffen und die photographische Kunst auf den ersten Platz der Welt gehoben hat, die Ehre zu erzeigen, die ihm voll gebührt. Wir wollen unseren Lesern schon mit den wenigen Zeilen der Ueberschrift, ohne daß sie selbst weiter auf den folgenden Artikel einzugehen brauchen, andeuten, daß der Name Ottomar Anschütz von dem Wesen der Augenblicks-Photographie absolut nicht zu trennen ist.

Es soll hier nicht unsere Absicht sein, eine Geschichte der Entwicklung der Photographie im Allgemeinen oder eine Abhandlung über das Wesen der Momentaufnahmen im Besonderen zu schreiben, sondern wir wollen einzig und allein auf die Bestrebungen und Arbeiten des genannten Künstlers hinweisen, der durch seltene Energie es endlich erreicht hat, daß ihm von Königen und

Der Nachweis der Befähigung kann auch durch ein Zeugniß einer staatlich anerkannten gewerblichen Unterrichts-Anstalt, in welcher zugleich für eine praktische Ausbildung im betreffenden Gewerbe Fürsorge getroffen ist, erbracht werden. Die Bezeichnung der betreffenden Anstalten, sowie die Bezeichnung der Gewerbe, für welche das Zeugniß der gedachten Anstalten als Befähigungsnachweis gilt, erfolgt durch die Landes-Regierung.

Die Prüfung ist der Regel nach nur zulässig, wenn der zu Prüfende das 24. Lebensjahr zurückgelegt und drei Jahre als Lehrling und eben so lange als Geselle oder Gehülfe in dem betreffenden Handwerke gearbeitet hat.

Von dem Nachweis der Befähigung kann im Falle des Uebergangs zu einem verwandten Gewerbe oder im Falle des gleichzeitigen Betriebes eines weiteren verwandten Gewerbes nur mit Zustimmung der zur Ausstellung des Befähigungszugnisses berufenen Innung oder Prüfungskommission abgesehen werden. Die Innung, bezw. die Prüfungskommission entscheidet auch darüber, ob und inwieweit ein Gewerbe als ein verwandtes anzusehen sei. Für die Ausführung von Nebenarbeiten, soweit sie zur vollkommenen Herstellung der Erzeugnisse des Gewerbes nothwendig sind, ist ein besonderer Befähigungsnachweis nicht erforderlich.

Vorstehende Bestimmungen über den Nachweis der Befähigung gelten auch für den Inhaber eines Handelsgewerbes, welcher die handwerksmäßige Herstellung seiner Waaren betreibt, oder für den zum Zwecke der Anfertigung solcher Waaren bestellten Vertreter.

Gegen die Entscheidungen findet der Rekurs nach Maßgabe der §§ 20 und 21 des Gesetzes statt. Ist der Rekurs gegen die Verjagung des Befähigungsnachweises gerichtet, so kann die Rekursinstanz auf Antrag des Beschwerdeführers eine weitere Prüfung durch Sachverständige anordnen.

II. Der § 100 e der Gewerbeordnung enthält folgende Fassung: Wenn in dem Bezirke, für welchen sich eine Innung gebildet hat, derselben mehr als die Hälfte der Arbeitgeber der in ihr vertretenen Gewerbe angehört, so hat die höhere Verwaltungsbehörde auf diesfallsigen Antrag zu bestimmen:

1) daß Streitigkeiten aus den Lehrverhältnissen der im § 120 a bezeichneten Art auf Anrufen eines der streitenden Theile vor der zuständigen Innungsbehörde auch dann zu entscheiden sind, wenn der Arbeitgeber, obwohl er ein in der Innung vertretenes Gewerbe betreibt und nach der Natur des Gewerbebetriebes zur Aufnahme in die Innung

fähig sein würde, gleichwohl einer Innung nicht angehört;

2) daß und inwieweit die von der Innung erlassenen Vorschriften über die Regelung des Lehrlingsverhältnisses, sowie über die Ausbildung und Prüfung der Lehrlinge auch dann bindend sind, wenn der Lehrherr zu den unter Nr. 1 bezeichneten Arbeitgebern gehört.

Haben sich hiernach Lehrlinge solcher Gewerbebetreibenden, welche einer Innung nicht angehören, einer Prüfung zu unterziehen, so ist dieselbe von einer Kommission vorzunehmen, deren Mitglieder zur Hälfte von der Innung, zur Hälfte von der Aufsichtsbehörde berufen werden;

3) daß Arbeitgeber der unter Nr. 1 bezeichneten Art von einem bestimmten Zeitpunkte an Lehrlinge nicht mehr annehmen dürfen.

Einer Innung, deren Thätigkeit auf dem Gebiete des Lehrlingswesens sich bewährt hat, kann, obgleich ihr mehr als die Hälfte der Arbeitgeber der in ihr vertretenen Gewerbe nicht angehört, die höhere Verwaltungsbehörde nach Anhörung der Aufsichtsbehörde die unter 1—3 gedachten Rechte verleihen. Die insoweit getroffenen Bestimmungen sind widerruflich.

III. Zwischen § 100 e und § 101 ist ein neuer Paragraph folgenden Inhalts einzufügen:

§ 100 f. Ist einer Innung mehr als die Hälfte der Arbeitgeber der in ihr vertretenen Gewerbe beigetreten, so hat auf deren Antrag die höhere Verwaltungsbehörde zu bestimmen, daß Alle, welche in dem Bezirke der Innung eines jener Gewerbe selbstständig betreiben, sowie ihre Gesellen, dasern die Arbeitgeber zu den § 100 e Nr. 1 gedachten gehören, den für die Innung nach § 97 und § 97 a mit Ausnahme der Nr. 4 und 5 getroffenen Einrichtungen beizutreten und zu den desfallsigen Kassen in gleicher Weise beizutragen verpflichtet, gleichzeitig aber auch an deren Benutzung gleichmäßig zu theilhaben sind.

Es sind an die Petitions-Kommission Petitionen wegen Einführung eines Wollzollselbstganzes gelangt. Der zum Korreferenten darüber bestellte konservative Abgeordnete Dieß hat nach der „Freis. Ztg.“ aber erucht, von der Verhandlung des Gegenstandes in der Petitions-Kommission Abstand zu nehmen, da in derselben Richtung ein Initiativantrag aus dem Schoße des Reichstags unmittelbar in Aussicht stehe.

Die durch die kaiserliche Botschaft außer Debatte gesetzte Ausweisung-Interpellation wird seitens der Nationalliberalen durch folgenden Antrag ersetzt werden:

Der Reichstag wolle beschließen:
In Erwägung, daß die Massenausweisungen von russischen und österreichischen Staats-

schrieb über denselben Gegenstand kürzlich in der „Nat.-Ztg.“:

„Schon seit längerer Zeit haben die Physiologen erkannt, daß das Verfahren der Augenblicksaufnahmen ihnen wichtige Aufschlüsse über die mit bloßem Auge nur unvollkommen wahrzunehmenden Bewegungen der Thiere zu geben vermöge. Doch genügten die früheren einmaligen Aufnahmen den Anforderungen der Wissenschaft nicht; man bedurfte vielmehr zur Klarlegung der verschiedenen Phasen der Bewegung der Serienaufnahmen, d. h. es mußte die Bewegung eines Thieres durch zahlreiche in kurz aufeinanderfolgenden Intervallen aufgenommene Momentbilder strirt werden. Dieses Ziel suchte bereits vor mehreren Jahren der Amerikaner Muybridge zu erreichen, doch waren seine Darstellungen noch unvollkommen; er erhielt nämlich nur schwarze Silhouetten auf weißem Grunde. Auch der französische Physiologe Marey erhielt bei seinen zahlreichen Serienaufnahmen bewegter Thiere Bilder, die nur die Konturen scharf gaben, dagegen das Detail der Zeichnung des Körpers vermissen ließen.

Diese Darstellung von Thieren vermittelt Serienaufnahmen mit Wiedergabe des Details der Zeichnung ist jetzt Anschütz gelungen. In diesem Frühjahre fanden die ersten Probeaufnahmen mit den neuen, von Anschütz erfundenen Apparaten statt. Schon diese Vorversuche ergaben Resultate, welche die Wichtigkeit, d. h. Ausführbarkeit der Ideen des Herrn Anschütz darthaten und, nachdem im Sommer Alles vorbereitet war, konnten

angehörigen polnischer und russischer Nationalität geeignet sind, völkerrechtliche Verwicklungen mit dem Ausland herbeizuführen; in Erwägung, daß die völkerrechtliche Vertretung Deutschlands laut Artikel 11 der Reichsverfassung Reichsangelegenheit ist; in fernerer Erwägung, daß die Fremdenpolizei, in deren Bereich die Ausweisungen fallen, nach Artikel 4 der Reichsverfassung der Beaufichtigung des Reichs und der Gesetzgebung desselben, mithin der Kompetenz des Reichstages unterliegt; in Erwägung endlich, daß die Interessen der Deutschen im Auslande, welche nach Artikel 3 der Reichsverfassung „Anspruch auf den Schutz des deutschen Reichs“ haben, durch die fraglichen Maßregeln der preussischen Regierung aufs Außerste gefährdet werden und weiter bedroht sind, indem dem Auslande, namentlich den Regierungen von Oesterreich und Rußland, ein Grund zu Repräsentationen geliefert und der Bedrängung des Deutschthums in jenen Ländern ein Schein von Berechtigung gegeben wird.

den Reichskanzler aufzufordern, die nöthigen Schritte zu thun, damit jene die Interessen wie die Ehre des deutschen Volks gleich schwer schädigende Maßregel alsbald rückgängig gemacht werde.

— Einem Briefe über die Trauerfeierlichkeiten in Madrid entnehmen wir nachstehende Einzelheiten, die gerade für die deutschen Leser von Interesse sein dürften:

„Der große Kolonnenjaal, in dem man die Leiche des Königs zunächst aufgebahrt hatte, war nicht schwarz ausgeschlagen; auch die Estrade, der Baldachin und die sonstigen Arrangements waren eigentlich sehr einfacher Art; doch machte das Ganze einen tiefen Eindruck. An verschiedenen Stellen des Saales befanden sich Altäre, an denen fortwährend Messe gelesen wurde. An den Seiten des Sarges, in dem die Leiche in der Uniform des Generalkapitans ruhte, wachten sechs Granden. Am Fuße des Sarges waren Kränze ausgebreitet, darunter ein mächtiger Lorbeerkranz mit großer Schleife in den deutschen Farben, der vom kaiserlichen Gesandten Grafen Solms persönlich niedergelegt worden war, und ferner ein Kranz Theerosen mit einer Schleife in den Farben des 15. Ulanenregiments und der Aufschrift: „Seinem hohen vereinigten Chef das königlich preussische 15. Ulanenregiment.“

— Eine Belgrader Korrespondenz der „K. Z.“ meldet, daß dort von gewissen Gruppen die Frage einer durch den Fürsten Alexander zwischen Serbien und Bulgarien herzustellenden Personalunion aufgeworfen werde. Diese Nachricht zeigt recht deutlich den Umfang der Gefahren, welche zuerst durch die rumelische Erhebung und dann im Oktober die ersten praktischen Anwendungen der neuen Methode stattfinden.

Das Kriegsministerium hat sich die Vorthelle der neuen Erfindung zuerst dienstbar zu machen gewußt. Von seiner Seite wurde der Auftrag erteilt, für das Militär-Reitinstitut in Hannover Pferde im Schritt, Trab, Galopp und Karriere aufzunehmen; diese Aufnahmen sollten in Serien geschehen, also wie bereits angegeben in der Art, daß, während das Thier eine Bewegung, z. B. einen Galoppssprung, ausführt, es mehrmals (bis 12 Mal) photographirt würde. Diese Aufnahmen sollen dienen, die für die Reitkunst im Allgemeinen und für das Zureiten der Kavallerie-Regimenter im Besonderen wichtigen Bewegungen des Pferdes genau kennen zu lernen. Im Oktober fanden diese Aufnahmen in Uffa statt. Da die Aufnahmen in jeder Beziehung wohl gelungen sind, so werden jetzt weitere Versuche für artilleristische Zwecke geplant; zugleich wird beabsichtigt, eine Reihe von Aufnahmen bezüglich der Bewegungen des Menschen mittelst derselben Methode in Angriff zu nehmen.

Alle diese Arbeiten sind aus leicht begreiflichen Gründen äußerst kompliziert und mit großen Schwierigkeiten verknüpft; es wird für die exakte Durchführung dieser Arbeiten zweifellos nothwendig sein, daß ein besonderes Institut mit bleibenden Einrichtungen dafür geschaffen wird. Ein solches zu schaffen ist dem Photographen Anschütz bei seinen beschränkten Mitteln nicht möglich. Auch der Staat wird wohl kaum in der Lage sein,

